

**Protokoll
über die 47. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen am 08.11.2007**

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 20.00 Uhr
Ort: Stadthaus, Am Packhof 2-6, Raum 6.046 (Aufzug D)

Anwesenheit

Vorsitzender

Sembritzki, Erika Fraktion DIE LINKE

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Bank, Sabine Dr. Fraktion Unabhängige Bürger

2. Stellvertreter des Vorsitzenden

Klammt, Johannes Prof. Dr. Dr. CDU-Fraktion und Liberale

ordentliche Mitglieder

Bemann, Annegret SPD-Fraktion
Brill, Anna Fraktion DIE LINKE
Nagel, Cornelia Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Woywode, Robert CDU-Fraktion und Liberale

stellvertretende Mitglieder

Graff, Esther Rahel SPD-Fraktion
Hubert, Rudolf
Marksteiner, Klaus Fraktion DIE LINKE
Schulz, Andreas Fraktion DIE LINKE

beratende Mitglieder

Baumotte, Peter
Pawlitok, Heinz

Verwaltung

Junghans, Hermann
Subke, Bärbel

Leitung: Erika Sembritzki

Schriftführer: Annika Winter

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung

2. Bestätigung der Sitzungsniederschriften (öffentlicher Teil)
 - 2.1. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 44. Sitzung vom 13.09.2007 (öffentlicher Teil)

 - 2.2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 45. Sitzung vom 25.09.2007 (öffentlicher Teil)

 - 2.3. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 46. Sitzung vom 11.10.2007 (öffentlicher Teil)

3. Mitteilungen der Verwaltung

4. Ständiger Tagesordnungspunkt: Umsetzung des SGB II

5. Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (öffentlich)
 - 5.1. Handlungsvarianten zur Finanzierung der sozialen Beratungs- und Betreuungsdienste sowie der offenen Altenarbeit für die Haushaltsplanung und die Haushaltskonsolidierung 2008 gem. Beschluss der Stadtvertretung in der 19. Sitzung vom 2006-05-22 zur DS 01131/2006
Vorlage: 01556/2007

6. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung**

Bemerkungen:

Die Ausschussvorsitzende, Frau Sembritzki, eröffnet die 47. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen, begrüßt die Ausschussmitglieder, die Gäste sowie die Vertreter der Verwaltung. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt und Herr Woywode bittet jeweils um Aufnahme einer Frage an die Verwaltung unter dem TOP „Sonstiges“.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 2 **Bestätigung der Sitzungsniederschriften (öffentlicher Teil)**

zu 2.1 **Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 44. Sitzung vom 13.09.2007 (öffentlicher Teil)**

Bemerkungen:

Frau Bemmann merkt an, dass die von ihr gestellte Frage nicht im Protokoll vermerkt worden sei. Sie werde diese Frage unter dem TOP 4 neu formulieren.

Beschluss:

Die Sitzungsniederschrift wird bei einer Enthaltung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

**zu 2.2 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 45. Sitzung vom 25.09.2007
(öffentlicher Teil)**

Beschluss:

Die Sitzungsniederschrift wird bei einer Enthaltung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

**zu 2.3 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 46. Sitzung vom 11.10.2007
(öffentlicher Teil)**

Bemerkungen:

Herr Woywode führt aus, dass in der Sitzungsniederschrift der 46. Sitzung zum TOP 5 der Diskussionskern nicht aufgenommen worden sei. Es sei einheitliche Auffassung des Ausschusses, dass die Arbeitsfähigkeit der Schuldnerberatungsstellen durch personelle Aufstockung dringend gesichert werden müsse. Einigkeit besteht ebenfalls darüber, dass die Stadt in die Pflicht genommen werden müsse, eine baldige Änderung herbeizuführen.

Grundsätzlich regt Frau Graff an, solche Problematiken über Anfragen des Ausschusses an die Verwaltung zu regeln und nicht vollständige Diskussionen in der Niederschrift festzuhalten.

Herr Junghans macht darauf aufmerksam, dass es sich um Festlegungsprotokolle handele, welche nicht den gesamten Gesprächsverlauf wiedergeben können.

Beschluss:

In Zukunft wird von den Diskutanten angezeigt, welche Äußerungen in das Protokoll aufgenommen werden sollen. Die Sitzungsniederschrift wird mit diesen Ergänzungen beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 3 Mitteilungen der Verwaltung

Bemerkungen:

1. Übersendung von Sitzungsniederschriften

Herr Woywode bat in der 46. Sitzung am 11. Oktober 2007 dafür Sorge zu tragen, dass die Protokolle auch dann übersandt werden, wenn ein Mitglied an einer Sitzung nicht teilgenommen hat.

Hierzu teilte der Sitzungsdienst mit, dass grundsätzlich sämtliche Unterlagen den

im Ausschuss tätigen Stadtvertretern (6) in Papierform und auf CD-ROM und den drei übrigen Mitgliedern des Ausschusses (Herr Woywode, Frau Bemann und Frau Nagel) in Papierform zugestellt werden, wie auch Herrn Pawlitzok (Seniorenbeirat).

Zusätzlich erhalten die Fraktionen die Einladung in Papierform und je eine CD-ROM für den Fall, dass ein Vertreter teilnimmt, der die Unterlagen benötigt.

2. Beratung Haushalt 2008

Herr Junghans informiert, dass damit gerechnet werden müsse, dass den Fachausschüssen die Planungen für den Haushalt 2008 bereits im Dezember 2007 vorgelegt werden. Dies würde bedeuten, dass er in der Sitzung am 13. Dezember 2007 beraten werden müsse.

3. Sitzungskalender 2008

Herr Junghans führt aus, dass der Sitzungskalender 2008 den Einladungen beigelegt worden sei. Der Sitzungsdienst informierte im Vorfeld, dass Ersatztermine nicht in den Sitzungskalender aufgenommen werden, dies erfolgte auch 2007 nicht.

4. Umstrukturierungen

Herr Junghans teilt mit, dass es beabsichtigt sei, die Bereiche Jugend und Soziales neu zu strukturieren. Wahrscheinlich werde der Ausschuss in seiner nächsten Sitzung über Inhalte und eine Zeitschiene informiert.

Beschluss:

Die Informationen werden zur Kenntnis genommen.

zu 4 Ständiger Tagesordnungspunkt: Umsetzung des SGB II

Bemerkungen:

1. Informationen zu der Trägerversammlung

Herr Junghans informiert zur Trägerversammlung am 30. Oktober 2007. Unter anderem sei vom Geschäftsführer der ARGE über den aktuellen Stand bei der Umsetzung des Eingliederungstitels 2007 (=16.755.750 EUR) informiert worden. Danach seien per 15. Oktober 2007 insgesamt 90,98 % der Mittel gebunden; für den sogenannten 2. Arbeitsmarkt wurden 38,97 % eingesetzt.

Herr Junghans informiert weiter, dass angedacht sei den Spielraum für die Geschäftsführung im Jahr 2008 bezüglich der Mittelverteilung größer werden zu lassen. Aufgrund der Bindungsdauer der verschiedenen Maßnahmen könne so der gesamte Eingliederungstitel besser ausgeschöpft werden.

Weiterhin hätte die Trägerversammlung für die Dauer von drei Jahren (2008 bis 2010) zum Vorsitzenden den Beigeordneten Herrn Hermann Junghans gewählt, zum stellvertretenden Vorsitzenden den Vorsitzenden der Geschäftsführung der BA Schwerin Herrn Helmuth Westkamp und zum Geschäftsführer der ARGE Schwerin Herrn Peter Gerth.

Zum stellvertretenden Geschäftsführer sei Herr Ludger Meer bestätigt, der seit dem 1. November 2007 in dieser Funktion als Mitarbeiter der Landeshauptstadt Schwerin in der ARGE tätig ist.

Die Trägerversammlung werde in ihrer Sitzung im Dezember 2007 über den Haushalt 2008 der ARGE Schwerin beschließen.

2. Einzelfragen

Frau Bemann fragt nach, ob Nachzahlungen für Heizkosten übernommen würden. Der Gesetzgeber legt schließlich fest, dass die tatsächlich entstandenen Kosten zu übernehmen seien. Herr Junghans teilt hierzu mit, dass eine Übernahme grundsätzlich erfolgt, soweit die Kosten angemessen seien. Die Grenzen seien in der Richtlinie definiert. Darüber hinaus würde eine Kostenübernahme im Rahmen einer Einzelfallentscheidung geprüft.

Weiter wird nachgefragt, ob der Bürger die Informationen/Nachweise, welche für diese Einzelfallentscheidung notwendig sind, eigenständig erbringen muss. Herr Junghans führt aus, dass die Verwaltung im Rahmen ihres Amtsermittlungsgrundsatzes eigene Ermittlungen durchführen würde, der Bürger jedoch eine Mitwirkungspflicht hätte.

Wiederholt bietet die Verwaltung an, in Einzelfällen direkt das Amt für Soziales und Wohnen befragen zu können, welches sich dann wiederum an die ARGE wendet. Im Rahmen der Sprechstunde würde dieses Verfahren bereits erfolgreich durchgeführt.

Herr Baumotte fragt nach, was in der Stadt Schwerin nun bezüglich der Verfahrensweisen zum § 16a SGB II angedacht sei. Herr Junghans teilt mit, dass diese Frage derzeit noch nicht konkret beantwortet werden könne, da noch verwaltungsinterne Beratungen hierzu erfolgen. Eine Mitteilung im Ausschuss würde jedoch zeitnah geschehen.

3. ARGE – Beirat

Die Ausschussvorsitzende informiert über die Tagung des Beirates am 7. November 2007. Neuer Sprecher des Beirates sei Herr Grosch von der Diakonie.

Beschluss:

Die Informationen werden zur Kenntnis genommen.

zu 5 Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (öffentlich)

**zu 5.1 Handlungsvarianten zur Finanzierung der sozialen Beratungs- und Betreuungsdienste sowie der offenen Altenarbeit für die Haushaltsplanung und die Haushaltskonsolidierung 2008 gem. Beschluss der Stadtvertretung in der 19. Sitzung vom 2006-05-22 zur DS 01131/2006
Vorlage: 01556/2007**

Bemerkungen:

Herr Junghans erläutert die Beschlussvorlage „Handlungsvarianten zur Finanzierung der sozialen Beratungs- und Betreuungsdienste sowie der offenen Altenarbeit für die Haushaltsplanung und die Haushaltskonsolidierung 2008“. Es handele sich hier um einen Sachstandsbericht, welcher aufgrund des Beschlusses auf der gemeinsamen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 2. Mai 2007, im Bereich der sozialen Beratungs- und Betreuungsdienste einen Betrag von 100.000 Euro einzusparen, von der Verwaltung erstellt wurde.

Herr Baumotte führt aus, dass sich die Projektgruppe „Vergabe von Fördermitteln“ übereinstimmend darauf geeinigt hätte, die finanziellen Mittel für die Angebote einzusparen, die weggefallen sind. Die Kürzung in Höhe von 100.000 Euro sei durch den Hauptausschuss ohne Beteiligung der Projektgruppe beschlossen worden.

Herr Hubert macht zusätzlich darauf aufmerksam, dass die Kürzungen im Bereich der freiwilligen Leistungen jeder sachlichen Grundlage entbehren. Herr Mielke schlägt vor, eine dritte Handlungsvariante zu entwickeln.

Die Ausschussvorsitzende schlägt vor, die Projektgruppe kurzfristig einzuberufen, eine dritte Handlungsvariante zu entwickeln und diese in einer zeitnahen Sondersitzung zu beraten.

Herr Woywode macht darauf aufmerksam, dass der Ausschuss den Vorschlag der Verwaltung ernst nehmen und nicht lediglich auf die Projektgruppe verweisen solle. Darüber hinaus seien die Aufgaben, welche die freien Träger wahrnehmen, zu hinterfragen und zu analysieren.

Auf Nachfrage erläutert Herr Ruhl, Leiter der Lenkungsgruppe Strategische Steuerung, dass zunächst die 100.000 Euro Einsparung in den Haushalt 2008 eingestellt worden seien. Hierüber würden die Ausschüsse sowie die Stadtvertretung beraten und ggf. beschließen. Herr Ruhl informiert weiter, dass das Haushaltssicherungskonzept nicht zeitnah fertig werden würde.

Nach längerer Diskussion wird der Beschlussvorschlag folgendermaßen geändert:

„Der Sozialausschuss sieht sich außer Stande zu der heute vorgelegten Vorlage ein Votum abzugeben. Er schlägt vor, umgehend im Rahmen der Projektgruppe zusammen mit Herrn Junghans und Herrn Block einen geänderten Vorschlag zu erarbeiten. Dieser wird kurzfristig an alle Ausschussmitglieder versandt und in einer Sondersitzung beraten.“

Beschluss:

Der geänderte Beschlussvorschlag (s.oben) wird einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 6

Sonstiges

Bemerkungen:

1. Anfrage von Frau Graff

„Im Haushaltsjahr 2007 wendet die LHS 84.000 € als städtischen Anteil zur Finanzierung der Schuldnerberatung in Schwerin auf. Es wurde auf der letzten Sitzung mitgeteilt, dass die Finanzierung grundsätzlich im Verhältnis 45% Stadt, 45% Land und 10% Träger erfolgt. Das Land habe einen Richtwert, der sich nach Anzahl der Einwohner richtet, bis zu dem es mit 45% fördere.“

Ich bitte die Verwaltung mitzuteilen, bis zu welcher Höhe der LHS für das Haushaltsjahr 2008 einen Landeszuschuss nach diesem Richtwert vom Land gewährt werden könnte, also wie hoch eine städtische Finanzierung 2008 sein muss, um bei gleichbleibendem Förderverhältnis den möglichen Landeszuschuss völlig auszunutzen.

Weiterhin möge die Verwaltung mitteilen, wie hoch der städtische Anteil ist, wenn 6 volle Stellen geschaffen würden.“

2. Herr Woywode fragt, welche Zusatzleistungen ein Arbeitslosengeld II – Empfänger bei Zahnersatz bzw. bei einem vorhandenen Hund bekommt bzw. wie viel der Hilfeempfänger selbst leisten muss.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten die Fragen bis zur nächsten Sitzung schriftlich zu beantworten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

gez. Erika Sembritzki

Vorsitzende/r

gez. Annika Winter

Protokollführer